

Vai!

Vom Vorstand des Institut Solidarische Moderne (ISM), November 2017

Es gibt ein gutes Leben in Deutschland. Es gibt aber kein gutes Leben für alle. Daran, diese Kluft zu schließen, arbeiten tagtäglich viele pragmatische Weltverbesserer*innen. Das Spektrum an positiven, konstruktiven Initiativen für eine bessere Welt ist im großen Mosaik der linken, alternativen, progressiven Szenen weit gefächert, die Motivationen und philosophischen Fundierungen auch. Nur um es anzureißen: Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich für gerechten Lohn, sichere Arbeitsverhältnisse, ökologische Landwirtschaft, nachhaltiges Wirtschaften, fairen Handel, LGBTQ, Demokratie, Frieden, Gleichberechtigung von Frauen, Grundrecht auf Asyl, Antirassismus, solidarisches Europa, Tierschutz, Klimaschutz mit weniger Stau und Luftverschmutzung und Fluglärm, kostenlosen ÖPNV, Schutz vor Gentrifizierung, Jugendrechte, Datenschutz, beitragsfreie Kitas, besser bezahlte und anerkannte Carearbeit, Stadtteilkultur, alternative Wohnformen, Inklusion und vieles andere mehr.

Eben noch blickten wir Ende dieses Jahres auf das Centennial der Oktoberrevolution. 2018 markiert 100 Jahre Weimarer Republik und 50 Jahre 1968. Die emanzipatorischen Aufbrüche seit 1789 leben in unzähligen Initiativen weiter. Wer heute durch das Land streift, wird an allen Ecken und Enden bewundernswertes gesellschaftliches Engagement finden, soziales, ökologisches, feministisches. Auch wenn sich das an den Unis, den Stammtischen und den Wahlurnen nicht immer spiegelt. All die genannten Initiativen sind dem progressiven Spektrum der Gesellschaft zuzuordnen, das nach 1968 zumindest in der Bundesrepublik West auf einem kulturellen Durchmarsch schien, aktuell aber unter Druck gerät durch ein gegenläufig konservatives racism-sexism-classism-Programm, mit dem explizit chauvinistische (im mehrdeutigen Sinn: national, religiös, geschlechterbezogen) Ressentiments bedient, gefördert und initiiert werden.

Ein Magnet

Das Institut Solidarische Moderne ist seit 2010 ein mal mehr, mal weniger starker, immer aber polarisierender Magnet, der Gleichgesinnte ebenso anzieht wie er Feinde der Demokratie abstößt. Derzeit dreht auch das ISM an einigen Schrauben, und es ist faszinierend zu beobachten, wie sich die feinen Eisenspäne der Mosaiklinken in einem neuen Muster ausrichten. Am Wochenende vom 28. bis 29. Oktober 2017 trafen sich Mitglieder von Vorstand und Kuratorium, der Geschäftsstelle und des engeren Umfelds in Berlin zu mehreren intensiven Gesprächsrunden, um das weitere Vorgehen nach der Bundestagswahl im September 2017 zu debattieren.

Die Situation bei der Gründung des ISM 2010: Es gab eine strukturelle linke Mehrheit in der Bevölkerung, eine rot-rot-grüne Regierung im Bund galt als möglich, dafür hieß es eine sozial-ökologische Programmatik aufzusetzen und einen geschützten Raum für deren Vordenker*innen in Politik, Wissenschaft und NGOs zu schaffen. Mit einer rrg Koalition hat es leider weder bei den Bundestagswahlen 2013 noch 2017 geklappt. Stattdessen erleben wir nun eine lautstarke rechte Minderheit. Die Frage, ob es überhaupt noch eine strukturelle linke Mehrheit gibt oder wo ein etwaiges dissidentes Drittel zu verorten wäre, muss offen bleiben. Für 2021 heißt es aber umso intensiver um jede einzelne Seele, jede einzelne Zeile zu kämpfen, um die strukturelle Mehrheit in der Gesellschaft wiederherzustellen, die Programmatik wissenschaftlich fundiert und über alle progressiven Interessengruppen hinweg entsprechend anzupassen und in den drei in Frage kommenden Parteien für rrg den Weg zu bereiten, ungeachtet der Personalschwäche der SPD, dem Richtungsstreit in der Linken und dem Urlaub der Grünen in Jamaica. Das scheint gerade arg mühsam, was es auch sein kann. Andererseits zeigt die Geschichte eben auch, dass das Blatt sich schnell wenden kann, in unserer schnelllebigen Zeit vielleicht sogar noch schneller.

Das ISM beschränkt sich jedenfalls nicht darauf, irgendein disruptives Ereignis abzuwarten, den großen Bruch oder die monumentale Krise, aus der dann eine neue Gesellschaft wie Phoenix aus der Asche entsteht. Wir arbeiten an der Zukunft. Nicht vor Ort, zugegeben. Das ISM war von Anfang an als virtuell networkende Denkfabrik konstruiert, nicht als Einsatzmobil oder Presseorgan. Im immer noch topaktuellen Gründungsauftrag buchstabierte das ISM die zentralen politischen Handlungsfelder des 21. Jahrhunderts aus und legte in den Folgejahren rund fünfzig Bücher, Positionspapiere und Denkanstöße zu Einzelfragen vor, die auf den Sitzungen von Vorstand und Kuratorium, den Mitgliederversammlungen und Summer Factories, unserer Talkshowserie "Zeit der Monster", Podiumsveranstaltungen und Facebook-Kommentarbattles intensiv diskutiert wurden. Das Niveau ist überwiegend akademisch, der Ton mal mehr kritisch, mal mehr hoffnungsfroh, die Perspektive eher geschichtlich und global, die Hypes und die Lage heute Morgen im Kiez bedienen wir eher am Rande als Symptome dessen, woran Gaia, die Aufklärung und ein humanes Dasein für alle Menschen so krankten.

Vom Duo zum Quartett

Die nach der Wahl 2017 im Bundestag vertretenen Parteien repräsentieren die politischen Grundströmungen, die sich in Europa seit dem Beginn der Neuzeit bis heute ausgeprägt haben. Sie stellen die soziale Frage (SPD, Linke), die nationale Frage (CDU, CSU, AFD), die (neo)liberale Frage (FDP) und die ökologische Frage (Grüne). Bei der Zusammensetzung des neuen Parlaments wurde nun ein doppelter Rechtsruck in ein Wahlergebnis gegossen: politisch rechts und wirtschaftlich rechts, Neoliberalismus und Neonationalismus wurden mit den Erfolgen vom FDP und AFD zementiert.

Im ISM wurde bisher die Notwendigkeit einer Fortführung der im 20. Jahrhundert begonnenen sozial-ökologischen Transformationen der europäischen Demokratien betont. Mit dem Kreuzzug der antidemokratischen und rassistischen Kräfte in Europa rückt nun für das ISM

heftiger als erwartet in den Blick, dass auch die internationale und rechtsstaatliche Ausrichtung unserer Gemeinwesen nicht selbstverständlich ist. Das Duo der sozial-ökologischen Transformation wird sich unter den gegebenen Bedingungen nur weiterverfolgen lassen, wenn es über eine begleitende demokratisch-kosmopolitische Transformation zum Quartett erweitert wird. Der Entwicklung von Alternativen zum Neoliberalismus wird die Entwicklung von Alternativen zu Nationalismus und Rassismus beigelegt. Man muss das einmal ganz klar so sagen: Das ist kein konservativer Kampf, der Errungenes erhalten will, sondern ein progressiver Kampf, der auf die soziale, liberale, nationale, ökologische Frage eine komplett neue Sozialethik als Antwort liefern will.

Fahrtwind fordert uns erst recht heraus

Auf allen vier Handlungsfeldern trennt sich die Spreu vom Weizen derzeit umso deutlicher - quer durch alle Parteien hindurch. Hier zeigt sich vielleicht am stärksten die Attraktivität des doppelten Crossover im ISM, das über die rot-rot-grüne Parteilogik hinaus mit dem Schulterchluss von Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen die derzeit größte Spannweite an linken Denkmustern in Deutschland abdeckt, ohne dabei auch nur einen Millimeter von harten Überzeugungen zugunsten von parteitaktischen Überlegungen abzuweichen. Dass global betrachtet Diktator*innen und Demagog*innen, Renationalisierung, Religionskrieg, Vertreibung, Terror, Militarismus, Antifeminismus, Umweltverschmutzung wieder auf dem Vormarsch scheinen, ist uns nur umso mehr Ansporn, von Frankfurt und Berlin, von München und Hamburg, von Aachen und Bayreuth, von Leipzig und Erfurt aus Impulse für eine sozial-ökologische Transformation zu senden. Das ISM hatte mit viel Rückenwind gestartet, jetzt hängt mit den Rechtspopulisten ein für alle sehr viel klareres Feindbild im Schaufenster als der abstrakte Turbokapitalismus. Fahrtwind fordert uns erst recht heraus.

Die Argumentationsebene Volk streichen wir jedenfalls. Was zu verändern ist, geht nur als Welt- und Menschenrechtspolitik. Doch über alle Kontinente hinweg versäumen gerade ein,

zwei Generationen zu tun, was an Weltrettung zu leisten wäre. UNO, EU, wo sind die Visionen? Auch in Deutschland ist das Scheitern der institutionellen Politik mit den Händen greifbar, von den Medien als vierter Gewalt nicht zu schweigen. Es stehen vier weitere lost years vor der Tür. Eine Mitte-Links-Option wäre ein wichtiges Signal aus Deutschland an die europäischen Nachbarn gewesen, aber wie Ungarn und Österreich hat auch Deutschland kräftig rechts geblinkt. Dem Zuschauenden wird der Eindruck vermittelt, der Zug fahre nun mal jetzt weltweit in diese Richtung, dabei könnten wir alle auch morgen das Gleis wechseln und in die Gegenrichtung fahren. Doch wo es früher eine klare Polarisierung der Weltanschauungen gab, der Westkapitalismus gegen den Ostsozialismus, ist heute kein Gegenpol mehr im Angebot. Oder wird zumindest nicht mehr wahrgenommen im großen Einheitschor der neoliberalen Stimmen.

Immer kalbt der Eisberg

Seit einem Jahrhundert nun aktualisiert sich das Schisma der Linken entlang je neu aufgezogener Bruchlinien. Immer kalbt der Eisberg und eine Scholle schmilzt ins Meer dahin. Diese Wiedervereinigung - der linken Parteien - steht noch aus. Die gemeinsame Rolle in der Opposition könnte SPD und Linke wieder näher zusammenrücken lassen, die Basis der Fundi-Grünen wird sich in einer Koalition ebenfalls nach links bewegen. Und wenn es nur auf regionaler Ebene ist, um zum Beispiel bei der Konkurrenz um Direktmandate sich die Bälle zuzuspielen. Noch besser wäre es, sich auf Einstiegsprojekte zu einem grünen Sozialstaat, zu einer sozialen Ökologie, zu einem Green New Deal zu einigen, ein Ende des Investitionsstaus, ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Aufwertung der Sorgearbeit, einen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor, eine Umverteilung durch Vermögens-, Erbschafts-, Finanztransaktionssteuern, einen Rückbau des Überwachungsstaats, einen Konsumrückschritt durch öko-realistische Preise und Postwachstumsstrategien. Was sind die brennenden politischen Fragestellungen, welches Thema erzeugt ein Momentum, mit welchen Entscheidungen können wir die big points machen, welche Diskurse können sich als

Kristallisationspunkte eines gesellschaftlichen Wandels erweisen, welche Headline zieht, welche Sau muss jetzt als erstes durchs Dorf getrieben werden? Wir können nicht alles auf einmal auf den Kopf stellen, aber wir können befreite Nischen schaffen, anhand von Vorzeigeprojekten beweisen, was geht. Diese Schonräume einfordern und gelingende Experimente zu ermöglichen ist ein ganz konkretes politisches Ziel.

Die Linke tut sich oft leicht mit der Formulierung eines klaren nein, oxi. Aber wir müssen auch formulieren, wofür wir einstehen und die klaren Alternativen benennen, zu denen wir ja sagen, vai! Das erfordert von allen enormen Mut, Willenskraft, Energie, Zeit, Geld, Ressourcen. Es bedeutet tastend voranzugehen, Krisen auszuhalten, Niederlagen einzustecken und weiterzumachen. Es bedeutet in Flügelkämpfen stets das Progressive durchzusetzen, in jeder Entscheidungsfindung, jeder Diskussion, jedem Facebookthread, jeden Tag das Pendel nach links ausschlagen zu lassen. Für Verhandlungen zwischen den linken Gruppen heißt das einen Imperativ zur Gemeinsamkeit. Kompromisse aushandeln zum kleinsten gemeinsamen Nenner ist nicht die Methode der Wahl, alle müssen das Nebeneinander von auch widersprüchlichen Zielen akzeptieren, Allianzen im Sinne des großen Ganzen schmieden, Öko-Links-Bündnisse eingehen, Egoismen und Ideologismen beiseite legen und keine *conditio sine qua non* als Verhandlungskiller aufstellen. Um es konkret zu machen: Da werden Menschen ein Schnitzel essen, mit einem SUV zum Biomarkt fahren, über Stamokap dozieren, Pflastersteine im Rucksack mit sich tragen oder Texte immer noch nicht geschlechtsneutral formulieren. Diese Verschiedenheit werden wir aushalten. Solange wir nur gemeinsam das gute Leben gegen die Feinde der Demokratie durchsetzen.

Wunden kitten

Das gilt gerade auch für die Parteien. Sie müssen die innerparteiliche Demokratie stärken, die laufend durch interne Personallogiken torpediert wird. Von oben aus geschlossenen Zirkeln verordnete Programmatiken werden nicht funktionieren. Eine partizipatorische Öffnung

der Parteien sollte selbstverständlich sein, explizit auch unter Einbindung der Nichtmitglieder. Einer weiteren Schließung der Milieus müssen wir entgegenwirken statt sie zu befeuern. Von einer weiteren Spaltung der Parteien in Splitterparteien halten wir gar nichts. Aber die Parteien allein werden es auch nicht richten. Die integrierte Gesellschaft des späten 20. Jahrhunderts ist nur noch Geschichte, sie kommt auch nicht zurück. Neue Antagonismen, neue Ausdifferenzierungen machen sich breit. Um die gesellschaftlichen Wunden zu kitten braucht es eine neue Solidarität, braucht es integrierende Programmatiken, nicht neue Splitterparteien, die Partikularinteressen gesellschaftlicher Gruppen auf Kosten der Schwächeren durchpauken. Die besondere Konstruktion des ISM, in dem als Repräsentant*innen des dissidenten Drittels Parlamentarier*innen und Aktivisten*innen, Intellektuelle aus Wissenschaft und Kultur, NGOs und Stiftungen, Kirchen und Gewerkschaften zusammenkommen, will hier wegweisend sein, wie es auch die von Harald Welzer initiierte Bewegung rund um Futurzwei weiter in der Mitte oder die von Yanis Varoufakis gegründete DiEM25 sind.

Es ist kein Zufall, dass die Ursachen für die Flüchtlingsbewegungen in den Heimatländern in der Regel kein Thema in den Medien sind, sondern das außenpolitische Versagen für innenpolitische Zwecke umgemünzt wird. Es ist ja nicht so, dass ein Rechtsruck "passiert" oder Rechtspopulisten "erstarken". Da ist nichts Passives. Sondern etablierte Protagonist*innen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Eliten (Koch, Schönhofer, Sarrazin, Seehofer, Henkel, Adam, Sloterdijk) treiben aus persönlichen Interessen medial verstärkt eine simple Neiddebatte an, die vor allem eines soll: den Unmut der Benachteiligten umzuleiten von den Mächtigen und Reichen auf die Schutzlosen und Noch-Ärmeren. Statt nach oben sollen die Menschen bitte nach unten treten. Und weil dieses "unten" in ein "außen" umgedeutet wird, es ein Treten "nur" gegen die "Anderen" ist, bleibt das Gewissen rein. Wir retten doch nur uns, das wird man doch mal tun dürfen. Wir müssen die Profiteur*innen in die Ecke stellen, aber ihre Follower nicht mitverteufeln, sondern ihnen die Hand reichen und im Wettbewerb der besseren Ideen von unseren überzeugen.

Das Einheimischenmodell der sesshaften Häuslebauer

Warum bewegt uns das alles? Zahlreiche Beiträge in den von uns benutzen Kanälen, WWW, Facebook, Twitter, Email, beschäftigen sich derzeit mit der Frage, ob es legitim ist, Rechte und Ressourcen einem privilegierten Teil der Bevölkerung (vereinfacht: wohnt schon länger hier) zukommen zu lassen und schwächere Gruppen und Individuen (vereinfacht: neu zugezogen) dagegen auszugrenzen. Durch die historische Brille betrachtet sind das Soziale und das Nationale in der Kombination gerade in Deutschland aber halt eine besonders unglückliche Kombination. Den willkommenen Nebeneffekt, im Namen der realistischen deutschen Arbeiterklasse dann auch gleich noch den traumverlorenen Jetsetlinken eine mitzugeben, lässt kaum eine nachdenkliche Website aus.

Am Exempel der "Flüchtlinge" wird in den letzten Jahren das Verhältnis eines imaginierten (weißen, männlichen) deutschen Subjekts gegenüber einem "Anderen" durchgespielt. Der Flüchtling ist dabei ein leerer Begriff, der je nach Bedarf mit kulturellen Assoziationen aufgeladen werden kann: unverständliche Sprache, dunkle Hautfarbe, sexuelle Potenz, Faulheit, Schmarotzertum, Drogenkonsum, Kriminalität, Frauenfeindlichkeit, ungewohnte Kleidung, Frisuren, Schmuck, Rezepte, fremde religiöse Praktiken, rituelle Handlungen, Kommunikationsmuster, Gruppendynamiken. Als Ersatzproben kann man gerne mal in anderen Kontexten versuchen: „Negerinnen“, Juden und Jüdinnen, Türk*innen, Muselmann*innen, Spaghettifresser*innen, Polack*innen, Gastarbeiter*innen, Asylbewerber*innen, Einwanderer*innen, Russlanddeutsche, um mal nur in der Nachkriegszeit zu bleiben. Im weiteren Sinn wurden in der Geschichte der Gegenden zwischen Alpen und Ostsee auch mit Sinti, Roma, Jenischen, „Zigeuner*innen“, Landstreicher*innen, Obdachlosen, Vaganten, Nicht-Sesshaften und generell jeder Art von Migrant*innen und fahrendem Volk ein symbolisches Außen und Anderssein ausgegrenzt und damit ein Einheimischenmodell der sesshaften Häuslebauer konstruiert.

Die Wähler*innen: sozialisiert zwischen Weimarer Republik und Hipstertum

Es ist dieser in Blut und Boden gegründete Heimatbegriff, der das Bild der Mauer aktuell so attraktiv für jene macht, die Diffusion als bedrohlich empfinden. Der eiserne Vorhang, die Mauer bis 89, die Mauer von Trump, die Water Wall im Mittelmeer gegen die Syrer, Afrikaner und Muslime, die (Ober-)Grenze, die gated community. Mauer und Grenze sind in der abstrakten Größenordnung ganzer Länder die Lösung für das, was es im Privaten und Lokalen, am Arbeitsplatz und in der Fußgängerzone, auf dem Fußballfeld und im Kindergarten, im Fernsehen und im Supermarkt nicht mehr gibt, sondern nie gab: das Deutsche, auch wenn das Dritte Reich und die nivellierte Mittelstandsgesellschaft der geteilten Nachkriegsdeutschlande, von den Nazis bereinigt um Juden und Jüdinnen, Behinderte, Schwule und generell alles „Unarische“, das kurz erlebbar scheinen lassen mochten.

80 Millionen Menschen leben in diesem Land. Jede/r Einzelne verortet sich irgendwo in Nähe und Abgrenzung zum als Normalität suggerierten "biodeutschen, weißen, in Vollzeit arbeitenden heterosexuellen Mannes mit Familie im Eigenheim in einer Kleinstadt im Westen". Die persönlichen Lebensrealitäten sind divers, aber nur die allerwenigsten entsprechen natürlich diesem Bild. Wer hat 2017 gewählt? Aus demografischer Sicht konnten wir das systemerhaltende Verhalten jener Menschen beobachten, die in ihren achtzehn bis hundert Lebensjahren mit Weimarer Republik, Krieg, Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, 1968, DDR, friedlicher Revolution bis ins Millennium sozialisiert wurden. Viele dieser Wähler*innen haben die Pfadfinderbünde, die Nazis, die Spießer, die Hippies, die Punks und die Yuppies bis zu den Hipstern erlebt.

Das Volk ist tot

Es steht jedoch zu befürchten, dass es einen Grund für die vielen Nichtwähler*innen gibt. Das zur Wahl stehende Parteienspektrum repräsentiert die tatsächliche Demografie gar

nicht mehr. Welche der größeren Parteien repräsentiert in Führungspersonal, vor Ort in den Ortsbeiräten und im Programm die Interessen von Kindern und Jugendlichen, von Muslim*innen und Migrant*innen, von Entrechteten, Entwurzelten und Entpolitisierten? Selbst Computerfreaks und Tierschützende ziehen sich in Splitterparteien zurück. Welche Partei gab den verunsicherten Bürger*innen umfassende Antworten auf Digitalisierung, Terror, Klimakatastrophen, Brexit, Trump? Noch schlimmer: Wer gab Antworten auf die Fragen nach Arbeit, Wohnen, Bildung, Verkehr, Kultur? Sämtliche klassischen Politikressorts, praktisch alles, was für den Alltag der Kleinunternehmer*innen und Arbeitnehmer*innen, Künstler*innen und Auszubildende, Arbeitslosen und Student*innen, Hausmänner und Hausfrauen, Zeitarbeiter*innen und Rentner*innen, Winzer*innen und KFZ Mechatroniker*innen, Investment Broker*innen und Friseur*innen, Social Media Redakteur*innen und Polizist*innen, Landwirt*innen und Vorzimmerkräfte, Staplerfahrer*innen und TV Sternchen, Gemüsehändler*innen und Sachbearbeiter*innen relevant war, wurde aus der politischen Kommunikation mit den Bürger*innen verbannt. Man muss das mal so aufzählen. Weil "den Bürger/die Bürgerin" gibt es nicht.

Die symbolische öffentliche Vergewisserung über die von antiliberalen Minderheiten noch mal im letzten Aufbäumen in Frage gestellte Zivilisationsgewissheit, dass die universellen Menschenrechte für alle gelten, führt in einem lästigen, aber auch äußerst produktivem Prozess dazu, dass auch die Gewissheit, eine humanistische Gesellschaft lasse sich nur als globale verwirklichen, jenen Minderheiten, die geschichtsvergessen nationalistischen oder völkischen Verblendungen nachhängen, sehr deutlich vor Augen geführt wird: Ihr seid nicht das Volk. Das Volk ist tot.

Pulse of Europe, MUT, Demokratie in Bewegung

Und natürlich haben wir längst eine Einwanderungsgesellschaft mit diversester Bevölkerung und einem Anteil Statusloser, die durch alle Raster fallen. Wovon aber ganz sicher keine

Rede mehr sein kann ist die Einheitlichkeit der Lebensbedingungen für diese Menschen, eine Chancengleichheit im Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt oder die Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Die Austeritätskutscher haben dem Wohlfahrtsstaat Zügel angelegt, und jetzt prügeln sie auf die durchgehenden Pferde ein. Dieses Auseinanderfallen des Zugangs zu wirtschaftlichen und kulturellen Ressourcen spiegelt sich dann im Zerschneiden des politischen Subjekts, das sich als Souverän selbst verfasst.

Die Erosion des Parteiensystems verunsichert die Insider*innen des Politischen Systems selbst. Bei der Wahl 2017 wurden die Volksparteien geschreddert, die Aussicht auf ein r2g Linksbündnis ist nicht mehr existent, die Rechtspopulist*innen sitzen im Parlament. Wer außer den Parteien ist also imstande, den Menschen zwischen dem Prenzlauer Berg und dem Landkreis Kleve zu helfen, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen? Weder eine Erste Internationale noch ein Bündnis 90 stehen vor der Gründung. Initiativen wie Pulse of Europe in Frankfurt, MUT in München oder Demokratie in Bewegung in Berlin werfen noch mehr Fragezeichen auf, als dass eine breite Zukunft für die vorhersehbar wäre. So schießt der eine oder die andere zu internationalen Vorbildern wie Bernie Sanders in den USA und Jeremy Corbyn in Großbritannien. Eine Antwort geben könnten neben den Parteien NGOs und Gewerkschaften, Universitäten und Stiftungen, Bewegungen und Initiativen, Unternehmen und Medien, Verbände und Vereine, Philosoph*innen und Schriftsteller*innen.

Der sozial-ökologische Bundestag

Genauso wenig wie der Rechtsruck "geschah" wird aber auch der Linksruck "passieren". Er wird gemacht werden (müssen). Darin liegt eine große Gefahr: die Sehnsucht nach dem linken Führer / der linken Führerin. Darin liegt eine große Chance: die Hoffnung auf eine Transformation von unten. Welches Angebot hat die politische Linke den Menschen zu machen? Welche Sorgen können wir ihnen nehmen? Welche ihrer Hoffnungen können wir erfüllen? Mit welchen Ideen können wir sie begeistern? Mit welchen Politiker*innen können sie sich

identifizieren? Warum geht es ihnen besser, wenn wir unsere Pläne verwirklichen? Was macht uns glaubwürdiger als die Konkurrenz? Klimawandel und soziale Spaltung einfach hinzunehmen kommt nicht in Frage. Die sozial-ökologische Transformation Deutschlands, welche Mühen ist sie wert?

Im ISM überlegen wir seit Anfang an, wie ein bestimmtes gesellschaftliches Milieu für eine politische Alternative zu mobilisieren ist. Wir akzeptieren nicht, dass Frauen, Rentner*innen, Migrant*innen, Menschen in prekären Verhältnissen, lohnabhängige Belegschaften und Mittelschichten bis hin zu Milieus des engagierten Bürgertums davon abgehängt werden. Unsere Arbeit war, so sehr sie manchmal akademisch daherkommt, nie rein theoretisch. Sie aktiviert die Praktiker*innen und zielt auf eine reale Machtoption. Im Bundestag soll es eine Mehrheit für eine sozial-ökologische Politik geben. Wir leben in einer Demokratie, das heißt: Gesetze müssen sozial-ökologischen Prinzipien folgen. Regierungsentscheidungen und Verwaltungshandeln müssen sozial-ökologische Ziele verfolgen. Das braucht Minister*innen, Staatssekretär*innen, Behördenleiter*innen, die sozial-ökologisch agieren und Abgeordnete, die ihrem Gewissen verpflichtet sozial-ökologisch abstimmen. Das ISM wird seiner Rolle treu bleiben, auch im Bundestag als Katalysator für alle zu dienen, die frei von Fraktionszwängen und ohne Karriereängste sich entsprechend artikulieren wollen.

Mit Lust und Vitalität in die Solidarische Moderne

Wer sich in der Filterblase der AFD Shitstorms, JU Twitter Posts, Newsletter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Buchveröffentlichungen des Antaois Verlags bewegt, wird einem dunklen, spaltenden Menschen- und Weltbild voller Dummheit, Hass, Neid und Profitinteressen ausgesetzt. Wir kennen auch die Filterbläschen, die in linken Gewässern ab und an hochperlen. Unser Bild vom Planeten strahlt aber hoffnungsvoll: Wir lieben unsere Mitmenschen und die Natur. Wir denken positiv und streben nach Höherem, dem Wahren, Guten und Schönen zu. Die Hölle lassen wir rechts liegen.

Wider den Sozialabbau, wider dem Raubbau an der Demokratie, wider dem Aussitzen, wider die Alternativlosigkeit, und vor allem wider den Scheinalternativen von rechts. Für 2018 oder 2019 können wir uns einen Demokratiekongress vorstellen. Eine symbolische Bühne, auf der wir vom ISM der Mosaiklinken, wir Mosaiklinke der Gesellschaft, wir strukturelle linke Mehrheit der neoliberalen und neonationalen Rechtspopulistenminderheit vor Augen führen, was zu tun ist und dass es dafür das Mittun aller braucht, die nicht nach rechts driften wollen. Wir wollen aus der Krise heraus die Lähmung auflösen, einen positiven Sog erzeugen, ein hoffnungsvolles Umfeld, Gleichgesinnte ermuntern, transparent machen, dass es eine alternative Programmatik gibt: die Aufhebung der industriellen Moderne und der Postmoderne in der Solidarischen Moderne. Wir wollen die politische und mediale Anerkennung eines kulturell längst vollzogenen Wandels durchsetzen. Schluss mit den Ablenkungsmanövern. Es gibt ein gutes Leben in Deutschland, es muss ein gutes Leben für alle werden. Die Wahrheit der sozial-ökologischen und gerechten Gesellschaft kommt auf den Tisch. Mit großer Lust und hoher Vitalität.